

Staatsorgane in der Gemeinde, im Kreis oder im Bezirk sich mit ihren Sorgen nicht mehr an diese Organe, sondern an das Zentralkomitee oder an ein Ministerium wenden.

Die Briefe aus der Bevölkerung widerspiegeln, wie die Beschlüsse der Partei und die Gesetze unserer Regierung in den Kreisen und Gemeinden beachtet und eingehalten bzw. wo sie verletzt werden. Ein Arbeiter berichtete in seinem Schreiben an das Zentralkomitee über eine Reihe von Mißständen im Eisenwerk West, Calbe. Bei einer Untersuchung im Ofenbetrieb dieses Eisenwerks wurde festgestellt, daß im Zusammenhang mit Lohnfragen Gesetze verletzt wurden. Ein Schmelzer, der seine Arbeit immer gut verrichtete, wurde abgelöst und in eine andere Lohngruppe eingestuft, weil er in verschiedenen politischen Fragen und in Dingen seines persönlichen Lebens noch keine volle Klarheit besaß. Anstatt den Kollegen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen und ihm zu helfen, wurden grobe administrative Maßnahmen durchgeführt, die ihn verärgerten, aber keineswegs überzeugten.

In anderen Briefen klagten besonders ältere Parteimitglieder darüber, daß man ihnen gegenüber nicht richtig handle und sie sozusagen schon auf das Abstellgleis schiebe, obwohl ihre großen politischen Lebenserfahrungen der Partei viel nützen könnten. So beschwerte sich z. B. ein älterer Genosse aus dem Bezirk Rostock, der seit 1922 politisch und gewerkschaftlich organisiert ist und seit Mai 1945 beim Aufbau der demokratischen Verwaltung mit dabei war, daß er von der Kreisleitung nicht für würdig angesehen wird, in der Stadtverwaltung zu arbeiten. Dieser erst 52 Jahre alte Genosse, der auf Grund seines Gesundheitszustands nicht in der Lage ist, in seinem Beruf tätig zu sein, ist gezwungen, außerhalb seines Wohnorts zu arbeiten und jeden Tag 13 Stunden unterwegs zu sein. Natürlich fühlt sich dieser Genosse zurückgesetzt und ungerecht behandelt, wenn er sieht, daß weit jüngere Genossen solche Funktionen einnehmen, die er auszuüben durchaus in der Lage ist.

Diese wenigen Beispiele zeigen den Leitungen der Partei und des Staatsapparates, welche große Bedeutung den Briefen aus der Bevölkerung zukommt. Die nachlässige Bearbeitung solcher Briefe oder ihre formale Erledigung kommt einer Unterdrückung der Kritik von unten gleich. Schließlich sind diese Briefe ein Teil, und zwar kein unwesentlicher, der Kontrolle der Beschlüsse von unten. Für die Leitungen der Partei- und Staatsorgane ist die Kontrolle der Beschlüsse von außerordentlicher Wichtigkeit, zeigt sie ihnen doch, wo Versäumnisse in der Arbeit vorhanden sind. Es gilt darum, einen unnachgiebigen Kampf gegen die Nichtbeachtung der Kritik von unten zu führen, weil sich sonst Partei und Regierung von den Massen lösen. Das ist für unsere Bezirks- und Kreisleitungen von besonderer Bedeutung, denn die Briefe, in denen Werktätige unserer Republik über bestimmte Schwächen und Mängel in der Arbeit berichten, sind in gewissem Sinne ein Spiegelbild dafür, wie die politische Arbeit an der Basis durchgeführt wird. Ein Beispiel dafür ist das Schreiben eines Genossen aus Klein-Gartz, das er am 20. April 1956 an das Zentralkomitee sandte. Er kritisierte die Arbeitsweise der Kreisleitung und wies auf verschiedene Mißstände hin, die zu einer angespannten politischen Lage im Ort geführt haben. Die Bezirksleitung Magdeburg wurde um Überprüfung dieser Angelegenheit gebeten; sie stellte aber in ihrem Ergebnisbericht die angespannte politische Lage in Klein-Gartz lediglich als Fakt hin, ohne zu untersuchen, aus welchem Grunde eine solche Lage entstanden ist. Die betreffende Abteilung im Zentralkomitee konnte sich mit einer